

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

22 (27.1.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

ensammler
für ihre Waren
hsten Preise
warzenberger,
teifen und Mehl
ndlung,
Schützenstr. 73,
phon 2176.

Lose
à 1 Mk.
Landesvereins.
Geldgewinne.
sicher 22. Febr.
rgew. ohne Abzug.
000 Mk.
ptgewinne
000 Mk.
Gewinne
000 Mk.
Gewinne
000 Mk.
11 Loss 10 M.
/ Porto u. Liste 10 M.
d. General-Deb.
Strassburg 1. Nr.
Langestr. 107.

rsruhe: Carl
Hebelstr. 11/15,
e. L. Michel, E.
Chr. Frank, A.
t. J. Dahringer.

empfehlung
en früheren Jahren
des Konsumvereins
onstigen Belangen
en Lager in No.
n.

Mühle,
Nr. 32,
Kaiserplatz 97,
Telefon 1691.

ucht Beschäfti-
gung in
Betriebe.
Strasse 10, 4

nerin
nimm
Grundstück
Kaiserplatz 33, 2
n wird in
genommen.
F. J. J. J. J. J.

chilligheim

erdienst. O
sofort
ittame Personen

otagenstrasse
ausarbeit.
-5 Mt. täglich -
hnell. Borken
rautierte Arbeit
u. glänzende
n. M. Trifotagen
en B. 79.

Karlsruhe.
ette Johanna
Johanna
Karl, B. Johanna
Bata, Vater
Idolf Meiter,
- Maria
er. - Otto
rich Ernst, B.
ater Franz
an, Postschaffner,
idolin Heuwig
Magdlos.
e Baldkirch, ab
Baldkirch -
Heinrich Rapp,
Landwirtsch.
ein Ehemann,
des Stadtkon-
ader. ein
mann, alt 57
- Max
ne Renet, alt

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich
75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen
abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt
M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 dierjährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 2) Pfg.
Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der
Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere
Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein.
Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Legte Post, Feuilleton un
Unterh. Beilage: A. Weichmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Eine Kriegserklärung an die Sozialdemokratie.

Wider Erwarten nahm am Samstag zu Beginn der Sitzung der Finanzminister das Wort. Herr Sonnell ist kein Meister der Rede; er spricht sehr ruhig und hält sich streng an das peinlich ausgearbeitete Konzept. Von allgemeinem Interesse war die Mitteilung, daß die Regierung nicht gewillt ist, den von der Kammer einstweilen auf 11 Pfg. festgesetzten Steuerfuß im Laufe des Jahres zu ändern, um vor allem die Vorlage betreffend die Neuregelung der Beamtengehälter nicht zu kompromittieren. Der Anregung des Genossen Kolb, die Amortisationskasse zu einer Staatsbank auszubauen, steht die Regierung noch sehr feindselig gegenüber. Ein düsteres Bild entwarf der Finanzminister über die Finanzlage des Reiches. Entschieden lehnte er die Einführung direkter Reichsteuern ab, weil dadurch die Finanznot des Reiches auf die Einzelstaaten übertragen würde. Nur die Erziehung neuer indirekter Steuern könne das Finanzelend des Reiches eindämmen. Daß die badische Regierung die geplanten Steuererlässe des Reiches samt und sonders akzeptiert, braucht unter solchen Umständen nicht zu verwundern. Herr Sonnell zählt die Alkohol- und Tabaksteuer zu den sozialpolitischen Steuern und vertieft sich zu der Behauptung, der Tabak schreie förmlich nach einer Mehrbelastung. Die Anlehenspolitik lehnt Herr Sonnell gleich seinen Vorgängern im Amt ab. Was er an Gründen dagegen vorbrachte, zeugte von einer bürokratischen Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit, vor der einem bange werden könnte, wenn man nicht die Ueberzeugung haben könnte, daß auch die Rückständigkeit überwinden wird. Schwarz im Schwarz trug Herr Sonnell aus, als er auf die Eisenbahnstände zu sprechen kam. Solche Darlegungen zeugen nur von einem völligen Mangel an Verständnis für die ungelohene volkswirtschaftliche Bedeutung unserer Eisenbahnen. Eine zu über 6 Prozent rentierende Eisenbahnschuld so anzulegen als Unglück an die Wand zu malen, das bringt eben nur eine Bürokratie fertig, die noch in völlig veralteten Anschauungen festgeankert ist.

Der Zeiger der Uhr zeigte auf 1/2 Uhr als der Finanzminister seine 2 1/2 stündige Dauerrede zu Ende führte. Wir haben vom Regierungstisch aus noch selten eine so inhaltsreiche rückständige Auffassung in Finanzfragen vernommen hören, wie am Samstag von Herrn Sonnell. Als Zahnwurm mag Herr Sonnell nach wie vor den Ruf als Autorität genießen, als Finanzpolitiker ist er nichts weniger als Autorität.

Nach Sonnell ergriff der neue Minister des Innern, Herr v. Bodman das Wort, um zunächst seine Einweisung in die Wahl des Präsidiums zu begründen. Herr v. Bodman leitete diese Begründung mit einer Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie ein. Diese aus dem Präsidium zu verdrängen, war sein hauptsächlichster Zweck. Nach solchen Worten noch zu behaupten, man müsse sein Amt über den Parteien führen, ist eine Ironie, weiter nichts. Mit dem Zentrum will es der neue Minister des Innern nicht verderben, im Gegenteil, er kämpft mit demselben eine gute Strecke Weges zusammengehen zu können. Gegen die Sozialdemokratie nahm der neue Minister eine, wenn auch nur in indirekter Form zum Ausdruck gebrachte, sehr scharf prononzierte, wir möchten sagen, verächtliche, provokatorische Stellung ein. Der Minister verließ schließlich ganz in das Pathos eines Militärvereinsvorstandes, der in einer Festrede die Sozialdemokratie totzureden versucht. Wir haben nie irgend welche Zweifel darüber gehabt, daß Herr v. Bodman ein ebenso ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie ist, wie sein Vorgänger, Herr Schenkel. Daß aber Herr v. Bodman in solcher Weise sich als politischer Minister einführen wird, hätten wir nicht für möglich gehalten. Etwas mehr politische Intelligenz glaubten wir dem neuen Minister des Innern schon zutrauen zu dürfen.

Herr v. Bodman befolgte das längst verbrauchte Rezept der Sozialistenbekämpfung, indem er mit einer Menge von Klatschen operierte, die aber auf das Haus offensichtlich keinen Eindruck machten.

Die Rede des Herrn v. Bodman war eine förmliche Propagandarede, wenigstens insoweit, als man nunmehr mit, wohin der Kurs der jetzigen Regierung steuern will. Die Sozialdemokratie soll isoliert, die Bildung eines Blocks mit der Sozialdemokratie verhindert werden. Daher auch die Zurückhaltung gegenüber dem Zentrum und der Versuch, die Konservativen wieder den Nationalliberalen näher zu bringen. Nach Lage der politischen Verhältnisse unseres Landes ist der Bankrott dieser Sammelpolitik von vornherein sicher, denn sie würde für die liberalen Parteien nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als politischen Selbstmord, Abdankung

zugunsten des Zentrums. Wir nehmen die Kriegserklärung des Ministers Bodman nicht tragisch. Selbst wenn seine Taktik von Erfolg begleitet wäre, so würde die Sozialdemokratie dabei nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen haben. Die Zerlegung des Liberalismus und Abschwendung seiner besten Kräfte nach links wäre die logische und notwendige Folge. Wir werden in der nächsten Woche in der zweiten Kammer eine Sozialisten-debatte erleben, wie wir sie seit vielen Jahren nicht mehr gehabt haben. Daß Herr v. Bodman dazu den Anlaß gab, verdient unsererseits Anerkennung. Die nächsten Wahlen werden zeigen, wer von diesen Debatten den Vorteil hat.

(18. Sitzung.)
Karlsruhe, 26. Jan.
Präsident Fehrenbach eröffnet halb 10 Uhr die Sitzung.
Am Regierungstisch: das Gesamtministerium.
3. Tag der Finanzdebatte.

Finanzminister Sonnell gibt seiner Freude über die übereinstimmende Beurteilung der Lage seitens der Abgg. Dr. Wildens und Dr. Fehnter Ausdruck und dankt für die ihm zuteil gewordene freundliche Begrüßung. Die Abstriche seien immer mehr verschunden. In ihre Stelle trat ein großes Maß von Ausgabe-freudigkeit. Wir haben ein Fehlbetragsbudget. Der Fehlbetrag werde auf die Amortisationskasse übernommen. Gut wäre allerdings, wenn zur Dedung die Ueberschüsse der letzten vergangenen Budgetperiode verwendet werden könnten. Ich hoffe in zwei Jahren, wenn ich noch an dieser Stelle stehen sollte, Ihnen Vorschläge darüber machen zu können, wie man das Finanzgesetz einfacher und durchsichtiger gestalten kann. Der Minister schildert nun die Entwicklung des Betriebs-fonds, der von 11 Millionen im Jahre 1903 auf 16,6 Millionen im Jahre 1906 getrieben ist. Zu hoffen ist, daß wir 1907 auf etwa 17—18 Millionen gelangen werden. Zur Verfügung hätten wir wirklich nur 4 Millionen, ein Beweis, daß wir in Bezug auf unsere Reserven immer mehr in knappe Verhältnisse gekommen sind. Der Stand der Amortisationskasse ist ein erfreulicher. Das darin enthaltene Staatsvermögen kann nicht als eigentliche Reserve, sondern nur als Rückhalt in Zeiten der Not gelten. Der banmäßigen Ausgestaltung der Kasse stehen technische und grundsätzliche Bedenken entgegen. Der badische Staatskredit tiefe außer allem Zweifel, er beruht nicht allein auf dem erheblichen Staatsvermögen, sondern in den geordneten Verhältnissen des Staates und in dem Wohlstand der Bevölkerung. Daß unser Kredit gut ist, hat die Aufnahme unserer letzten Anleihe vor einigen Tagen gezeigt. Redner wendet sich sodann gegen den Abg. Kolb, der von Schwarzmalerei gesprochen. Er, der Minister, habe auf die Schatten, die auf das Budget fallen, hingewiesen. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Einnahmen aus indirekten Steuern nicht mehr wachsen, sogar abnehmen. In Vorbereitung sei ein Budgetnachtrag. Die Beamtenaufbesserung erfordere einen Mehrbedarf im Beharrungszustande von etwa 7 Millionen. Die Aufhebung der Fleischsteuer könne ohne Erfolge zu haben nicht erfolgen. Zur schlechten Finanzlage des Reiches übergehend betont Redner, daß die bis 1907 getriebenen Matrularbeiträge rund 1 000 000 Millionen betragen. Es ist gar keine Hoffnung auf Kürzung vorhanden. Die Reichsfinanzreform habe sich als ungenügend erwiesen. Der Reichshaushalt leide an einem chronischen Defizit von 170 Millionen. Diesen Fehlbetrag auf die Einzelstaaten umzulegen, können diese nicht ertragen. Bis 1910 müßten weitere 5,7 Millionen für Baden gefunden werden. Dies könne nicht so weiter gehen. Die verbündeten Regierungen haben nun darüber beraten, wie eine Entlastung vorzunehmen sei. Man müsse auf die Erschließung eigener Einnahmequellen des Reiches bedacht sein. Die Not des Reiches einfach auf die Bundesstaaten zu übertragen, gehe nicht an. Dies sei der Fall, wenn man direkte Steuern einführen wollte. Der Minister sucht in seinen weiteren Darlegungen den Nachweis für die Berechtigung indirekter Steuern zu führen. Es handle sich heuer um zwei neue Steuerprojekte: Die Branntweinsteuer und Tabaksteuer. Die Stellungnahme der Regierung gründet sich darauf, daß das Reich sich in einer großen Not befindet und dringend neuer Einnahmen bedarf. Ein weiterer Grund sind die drohenden Matrularbeiträge. Die Regierung ist der Ansicht, daß der Branntwein kein unentbehrliches Lebensmittel ist und eine Besteuerung wohl ertragen kann. Es soll ein Reichsvertriebsamt errichtet werden, das Reich übernimmt kostenlos die Reinigung und gibt den Branntwein an den Käufer ab. Es handle sich also nicht um ein Produktionsmonopol, sondern um die Bekämpfung des Zwischenhändels. Die Regierung lege gegen die Vorlage keine Bedenken, war aber für Wahrung der badischen Interessen bedacht und hat im Bundesrat dahingehende Anträge gestellt. Das Gesetz kann ohne Zustimmung der Reserverstaaten nicht erfolgen und wird eine Vorlage an die Landtage gelangen, sobald der Entwurf im Reichstage angenommen sein sollte. An eine Besteuerung des Tabaks müsse man unbedingt denken. Redner sucht die Befürchtungen, welche für die Entwicklung der Tabakindustrie und die Arbeiter-schaft gehegt werden, zu zerstreuen. Auch hier war man

auf Berücksichtigung der badischen Verhältnisse bedacht. Werden dem Reiche diese Steuern nicht gegeben, so sind schwere Folgen unausbleiblich. Das Zentrum hätte hier Gelegenheit, sich nicht antinational zu zeigen. (Geisterzeit.)

In eine Diskussion über die Anlehenspolitik will sich Redner nicht einlassen. Die Aufnahme von Anleihen sei eine Frage der Notwendigkeit. Redner weist auf die Eisenbahnanleihen in gewaltiger Höhe hin und bemerkt, daß von vielen großen Aufgaben des Staates nur die Rheinregulierung eben, auf Anleihen hätte übernommen werden können. Dies sei infolge der Verhältnisse des Geldmarktes und weil man über die Zustimmung der Landstände im Zweifel war, unterblieben. Wegen Anschlusses an die preussische Klassenlotterie haben Erwägungen stattgefunden, die jedoch kein Ergebnis hatten. Die Angelegenheit werde nicht aus dem Auge gelassen.

Minister v. Bodman dankt dem Abg. Bing für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Wenn von anderer Seite Mißtrauen geäußert wurde, so war der Anlaß zunächst gegeben durch mein Verhalten bei der Präsidentenwahl. Ich könnte mich in dieser Beziehung dem anschließen, was der Herr Staatsminister gesagt. Doch ich werde mir erlauben, ebenfalls auf die Sache zurückzukommen. Meine Ansicht war die, daß die Sozialdemokratie aus dem Präsidium ausgeschlossen sein müsse. Des weitern war ich der Ansicht, daß die Gründe des Abg. Bing für die Stellungnahme des Blocks in Bezug auf die Präsidentenwahl sich vertreten ließen und ich hielt es der langjährigen Tradition und der Politik des Landes entsprechend, wenn ein Nationalliberaler die Stelle des Präsidenten einnimmt. So kam ich zu dem Ergebnis, die erwünschteste Gestaltung des Präsidiums sei die: Block, Zentrum und Konservativ. Diese meine Ansicht habe ich einem Mitglied der konservativen Partei, das nicht diesem Hause angehört, in vertraulichem Gespräche mitgeteilt. Ich glaube nicht, über die Befugnisse eines Ministers hinausgegangen zu sein und eine einseitige Stellung gegen eine bestimmte Partei genommen zu haben. Wenn Sie (das Zentrum) mich mit Vorlicht aufnehmen, so werde ich mir erlauben, auch Ihnen mit Vorlicht zu begegnen. (Geisterzeit.) Ich werde in Ausübung meines Amtes über den Parteien stehen. Der Vorwurf, daß die Regierung nicht verhindert habe, daß Amtmänner mit Sozialdemokraten agitierten, hat mich veranlaßt, Erhebungen zu veranlassen. Dieselben sind negativ verlaufen. Von einem nationalliberalen Parteiregiment des Ministers Schenkel ist keine Rede. Der Minister wendet sich sodann der Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie zu. Tief bedauere ich, wenn eine bürgerliche Partei sich zur Wahl eines Sozialdemokraten entschließt, sei es aus taktischen Fragen, sei es zur Erreichung eines hohen Zieles. Ein Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie müsse gemacht werden aus Gründen, die von der Regierungsbank schon oft vertreten wurden. Die Sozialdemokratie sei eine republikanische Partei. Sie habe dies bewiesen anlässlich der Beisehung des verstorbenen Großherzogs. Den zwei sozialdemokratischen Abgeordneten, die am Leichenguge teilnahmen, sei nachgefagt worden, sie hätten durch ihre Teilnahme die Empfindungen Tausender verletzt. Sie verjagte dem Landesfürsten bei allen Gelegenheiten die Achtung, ver-lasse, wenn ein Hoch ausgebracht werde, den Saal usw., lehne die Zivilliste grundsätzlich ab, obwohl an der Spitze der Verfassung stehe: Der Großherzog vereinigt in seiner Person alle Rechte der Staatsverwaltung, seine Person ist heilig und un-verleßlich. In nationalen Fragen nehme die Sozialdemokratie eine Stellung ein, durch welche die Gefühle des Volkes verletzt würden und die eine Sympathie der Regierung unmöglich machen. Nationale Fragen würden durch die Brille des Auslandes betrachtet, der Krieg von 1870/71 werde auf die Fälschung der Kaiser Depesche zurückgeführt, obwohl im französischen General-stabswert die Tatsache festgelegt sei, daß der Krieg schon vor 1870 beschlossen war. Der Krieg habe zur Einigung des deut-schen Vaterlandes geführt. Dieser Einigung verdanke die Sozial-demokratie, daß sie so groß geworden. Eine Folge des „Surra-patriotismus“ von 1870/71 sei die Blüte der Industrie, welche heute so große Massen von Arbeitern beschäftige. Weiter komme in Frage die Stellung der Sozialdemokratie zur Armee. Wie die Regierung und ich glaube, auch die bürgerlichen Parteien erachten es für eine Pflicht, dem Vaterlande als Krieger zu dienen. Der Waffenschmud sei ein Ehrenschild, das Soldaten-schild ein Ehrenkleid. (Beifall.) Redner verweist auf den ersten Teil des Erfurter Programms, wonach das Privateigentum be-seitigt und in Gemeingut der Gesellschaft umgewandelt werden soll, ferner auf die Auslassungen zum Waffenschmud und auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur russischen Revolution. Unter diesen Umständen könnte die Sozialdemokratie auf das Vertrauen der Regierung nicht rechnen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß sie einen Unterschied machen wolle mit den anderen Staatsbürgern. Ich achte die Sozialdemokraten als Mitbürger und Brüder und werde, soweit es das Staatswohl zuläßt, Ihren Bestrebungen für Hebung der Arbeiterschaft entgegenkommen. Auf der anderen Seite hoffe ich, daß die Freude am Vaterlande stets wächst.

Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr: Fortsetzung.

Der Prozeß der Kinäden.

Herrn Henrichs Rathos und Herrn Sellos Tränen haben am letzten Tag des Harden-Prozesses ihren letzten Triumph gefeiert. Das Gericht sprach Maximilian Harden schuldig und der „national denkende“ Teil der öffentlichen Meinung besaß die Beurteilung eines Journalisten, dessen einzige Schuld darin bestand, die Wahrheit zu spät, zu unvollkommen und aus nicht ganz einwandfreien Motiven gesagt zu haben.

Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag aber standen zwei Personen, die auf der Leiter des aristokratischen Ranges und des höchsten Einflusses viel höher gestanden hatten, als der ziemlich unbedeutende und wahrscheinlich ziemlich unschuldige Graf Kuno Moltke, vor dem Kriegsgericht unter der Anklage, ihre Dienstgewalt zu schweren sittlichen Verfehlungen mißbraucht zu haben.

Die Bilanz der preussisch-deutschen Gerechtigkeit stellt sich demnach folgendermaßen: Ueber Journalisten, die sich mit dem Hoffland in etwas unvorsichtiger Weise beschäftigten, wurden bisher 22 Monate Gefängnis verhängt; über Hofleute aber, die sich der vielbesprochenen schändlichen Taten schuldig gemacht hatten, 15 Monate Gefängnis.

Die Bestrafung des Grafen Lynar mit 15 Monaten Gefängnis erscheint angesichts der Schwere der von ihm begangenen Straftaten durchaus unzureichend. Man muß bedenken, was es heißt, daß diesem Menschen sechs Fälle seiner vielfachen Vergehungen nachgewiesen werden konnten! Bei der Schwierigkeit, der die Führung eines solchen Nachweises überhaupt unterliegt, bei der zehnfachen Schwierigkeit, die zur Führung dieses Nachweises zu überwinden war, wo es sich um einen hochgeborenen Herrn handelte, läßt sich ohne weiteres annehmen, daß die nachgewiesenen Fälle nur einen kleinen Teil der wirklich geschehenen darstellen.

Man hat den Hohenzollernsprößling Söhrenau freigesprochen, obgleich er schuldig erscheint, weil man ihm, wie das nachgehmeir Verhandlungsbefugnisse Urteil behauptet, keine nicht verjährten, direkt strafbaren Handlungen nachweisen konnte. Wir sind darauf angewiesen, an diese Unmöglichkeit des gerichtlichen Nachweises zu glauben; aber wir wissen, daß diese angebliche Unmöglichkeit dadurch entstand, daß man es jahrelang geflissentlich vermied, den Spuren zu hochgeborener Verbrecher nachzugehen.

Man hat die sorgfältige Geheimhaltung der Verhandlung mit Gründen der Sittlichkeit gedeckt. Diese Sittlichkeit wäre gefährdet, das Ansehen der Dienstgewalt unheilbar erschüttert worden, wäre auch nur eine Spur von Wahrheit darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, wie es diese christlich-frommen, nationalen, staatsbehaltenden Hofherren und militärischen Vorgesetzten getrieben haben. So verübete das Kriegsgericht durch seinen Beschluß, die Öffentlichkeit auszuschließen, und auch in diesem Punkte müssen wir ihm Glauben schenken.

Deutsche Politik.

Das Diner der Wahlrechtsfeinde.

Die „Hamburger Nachrichten“ erzählen, daß am Abend nach der Wahlrechtsdebatte im Reichstage beim Fürsten Bülow ein „intimes Diner“ stattfand. Das Hamburger Blatt gibt von dem Verlauf dieser Festlichkeit die nachstehende Schilderung:

Es war kein Zweckessen, bei dem der Kanzler von den Abgeordneten etwas hätte haben wollen, sondern eine rein gesellschaftliche Veranstaltung, bei der sich die Parteiführer und der leitende Staatsmann persönlich näher trafen. Der Präsident des Reichstages, Graf Stolberg, entpuppte sich bei dieser Gelegenheit als reizender Plauderer, der Bismarck- und Eulenburg-Erinnerungen zum besten gab.

Der Abend vereinigte die Geladenen, von denen wir noch den Grafen Schwerin-Löwitz, Grafen Oriola, Dr. Trendelenburg, Direktor Schrader, Riebermann von Sonnenberg und Dr. Wiemer nennen, von 8 Uhr ab bis gegen Mitternacht in lebhafter Unterhaltung. Es hat entschieden dazu beigetragen, daß die persönliche Fühlung zwischen den Abgeordneten der Bloparteien und dem Reichskanzler wärmer geworden sind.

Freiheits Schande.

Zu der Ablehnung des Antrages Singer auf Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte im Reichstage schreibt der demokratische „Münchener Anzeiger“:

Wir müssen zunächst unsere Mißbilligung darüber aussprechen, daß die Parlamentarierdemokratie nicht einmütig für den Antrag Singer stimmte. Wahrscheinlich, es ist im Zeichen Bülows-Blocks sehr weit gekommen. Dann müssen wir in Anbetracht 1. der ungeheuerlichen Bekundung Bülows, das Millionen entredende preussische Wahlrecht auch hinsichtlich aufrecht zu erhalten; 2. der vielfachen und zweifelhaften liberalen Freie, welche die konservativ-liberale Paarung im Reich zu zeitigen verspricht; 3. der unnatürlichen, den Merkantilismus dauernd nicht schädigenden Art der parlamentarischen Ausgestaltung der Zentrumspartei; 4. der Schwächung des Liberalismus durch den, vom Bülow-Block bedingten Waffenstillstand mit den Konservativen und der sich

hieraus ergebenden Nachfestigung des preussischen Junktums unser lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die Gruppe der Deutschen Volkspartei im Reichstage entgegen den aus der Wählerchaft laut gewordenen Wünschen den Austritt aus dem Bülow-Block nicht betätigte.

Die Wahlrechtsfrage in Braunschweig.

Überall, wo dem Volke das Recht der Teilnahme an der Gesetzgebung durch reaktionäre Wahlgesetze gänzlich abgeschnitten oder doch aufs engste beschränkt ist, regt sich deutlich im Volk der Unwille und die Erbitterung über die Entziehung und die Volksmassen, allen voran die Arbeiter, fordern ihr Recht. Zu den deutschen Staaten, die den Massen der armen und minderbegüterten Staatsbürger jede Möglichkeit einer eigenen Vertretung im Landtage abgeschnitten haben, gehört auch Braunschweig. Wie hier erst jüngst anlässlich der Landtagswahlen eingehender geschildert haben, ist das braunschweigische „Wahlrecht“ fast mit noch mehr reaktionären Schikanen besetzt als das preussische. Es ist nicht daran zu denken, daß auch nur ein Vertreter des Proletariats bei dem jetzigen Wahlsystem in den Landtag gelangen könnte.

Schon vor etwa zwei Jahren hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Braunschweigs an den Landtag eine Eingabe gerichtet, welche das Privilegienparlament zwang, in der Wahlrechtsfrage offene Farbe zu bekennen. Die Sitzung, in welcher die Eingabe damals beraten wurde, gehörte zu den bewegtesten, welche die Landesversammlung jemals erlebt hat. Die auf Grund eines der verwickeltesten und reaktionärsten Wahlrechte gewählten Abgeordneten raften und tobten gegen jede Anpassung des Wahlrechts an die Forderungen der Gegenwart und schrien sogar die Abgeordneten Hauswald und Blasius nieder, die nur einige kleine Verbesserungen am Wahlrecht anheimgaben.

Jetzt hat der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei dem neuen Landtage abermals eine Eingabe unterbreitet, in der er an den Landtag das Ersuchen richtet, zu beschließen:

„Die Regierung aufzufordern, so bald wie möglich der Landesversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle braunschweigischen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, des 20. Lebensjahrs zurückgelegt haben, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Wahlen zum Landtag erhalten und diese Wahlen auf Grund des Verhältniswahlsystems stattfinden.“

Der Landtag hat auf diese Eingabe und die Mittwochsdemonstration sofort reagiert.

Man berichtet: In der Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung wurde ein Antrag des Landesverbandes der sozialdemokratischen Partei auf Aenderung des Landtagswahlrechtes verlesen, ebenso ein Antrag des Abgeordneten Kommerzienrat Hauswald und Gen., der sehr zahlreiche Unterschriften trägt und den gleichen Gegenstand betrifft. Die Landesversammlung beschloß, in Erwägung darüber einzutreten, ob und in welcher Weise das Gesetz über die Zusammenziehung der Landesversammlung und das Wahlgesetz der Aenderung bedürfen. Sie ernannte eine siebengliederige Kommission, die diese Materie vorbereiten und weitere Vorschläge machen soll. Auf die Vorschläge darf man gespannt sein.

Die Verwendung von Lehrkräften in Deutschland und anderen Staaten.

Dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1907 folge besuchten in den Jahrgängen 1900—1903 (die Statistiken der einzelnen Staaten stammen aus verschiedenen Jahren) 8 942 779 Schüler die vorhandenen 59 187 Volksschulen. Die Gesamtzahl der vollbeschäftigten Lehrkräfte betrug 146 540, darunter 124 027 männliche und 22 513

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Novelle von Joseph Freiherrn von Eichendorff. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Ein paarmal hätte ich bald Verdruß bekommen mit meinem Herrn. Das eine Mal, wie ich bei schöner, sternklarer Nacht broden auf dem Bod die Geige zu spielen anfing und sodann späterhin wegen des Schlafes. Das war aber auch ganz zum Erstaunen! Ich wollte mir doch Italien recht genau ansehen und ich die Augen alle Viertelstunden weit auf. Aber kaum hatte ich ein Weilschen so vor mich hingesehen, so verschwirrten und verwidelten sich mir die sechzehn Pferdefüße vor mir wie Fisel so hin und her und übers Kreuz, daß mir die Augen gleich wieder übergingen und zuletzt geriet ich in ein solch entschlossenes und unaufhaltbares Schlafen, daß gar kein Mat mehr war. Da mocht' es Tag oder Nacht, Regen oder Sonnenschein, Tirol oder Italien sein, ich hing bald rechts, bald links, bald rücklings über den Bod herunter, ja manchmal tunkte ich mit solcher Vehemenz mit dem Kopfe nach dem Boden zu, daß mir der Gut weit vom Kopfe flog und der Herr Guido im Wagen laut aufschrie.

So war ich, ich weiß selbst nicht wie, durch halb Wälschland, das sie dort Lombardien nennen, durchgekommen, als wir an einem schönen Abend vor einem Wirtshause auf dem Lande stillhielten. Die Postpferde waren in dem daranstoßenden Stationsdorfe erst nach ein paar Stunden bestellt, die Herren Maler stiegen daher aus und liehen sich in ein besonderes Zimmer führen, um hier ein wenig zu rasten und einige Briefe zu schreiben. Ich aber war sehr vergnügt darüber und verfügte mich sogleich in die Gaststube, um endlich wieder einmal so recht mit Ruhe und Kommodität zu essen und zu trinken. Da sah es ziemlich liebedürftig aus. Die Mägde gingen mit zerpottelten Haaren herum und hatten die offenen Halstücher unordentlich um das gelbe Fell hängen. Um einen runden Tisch saßen die Knechte vom Hause in blauen Heberziehhenden beim Abendessen und glogten mich zuweilen von der Seite an. Die hatten alle kurze, dicke Haaröpfe und sahen so recht vornehm wie die jungen Herrlein aus. — Da bist du nun, dachte ich bei mir

und ich fleißig fort, da bist du nun endlich in dem Lande, woher immer die kuriosen Leute zu unserm Herrn Pfarrer kamen, mit Mausfallen und Barometern und Wäldern. Was der Mensch doch nicht alles erfährt, wenn er sich einmal hinterm Ofen herbormacht!

Wie ich noch eben so esse und meditiere, huscht ein Mannlein, das bis jetzt in einer dunklen Ecke der Stube bei seinem Glase Wein gesessen hatte, auf einmal aus seinem Winkel wie eine Spinne auf mich los. Er war ganz kurz und buckelig, hatte aber einen großen graulichen Kopf mit einer langen römischen Adlernahe und sparsamen roten Wadenbart und die gepuderten Haare standen ihm von allen Seiten zu Berge, als wenn der Sturmwind durchgefahren wäre. Dabei trug er einen altmodischen, verschossenen Frack, kurze plüschene Beinleider und ganz vergelbte seidenne Strümpfe. Er war einmal in Deutschland gewesen und dachte wunder, wie gut er deutsch verstände. Er setzte sich zu mir und frug bald das, bald jenes, während er immerfort Tabak schnupfte: ob ich der Servitore sei? wenn wir arduware? ob wir nach Roma lehn? aber das wachte ich alles selber nicht und konnte auch sein Kauderwelsch gar nicht verstehen. „Parlez vous francais?“ sagte ich endlich in meiner Angst zu ihm. Er schüttelte mit dem großen Kopfe und das war mir sehr lieb, denn ich konnte ja auch nicht französisch. Aber das half alles nichts. Er hatte mich einmal recht auf's Korn genommen, er frug und frug immer wieder; je mehr wir parlierten, je weniger verstand einer den andern, zuletzt wurden wir beide schon hüßig, so daß mir's manchmal voram, als wollte der Signor mit seiner Adlernahe nach mir haden, bis endlich die Mägde, die den babylonischen Diskurs mit angehört hatten, uns beide tüchtig auslachten. Ich aber legte schnell Messer und Gabel hin und ging vor die Haustüre hinaus. Denn mir war in dem fremden Lande nicht anders, als wäre ich mit meiner deutschen Junge tausend Meilen tief ins Meer versenkt und allerlei unbekanntes Gewitter ringelte sich und rauschte da in der Einsamkeit um mich her und glogte und schnappte nach mir.

Draußen war eine warme Sommernacht, so recht um gefaten zu gehen. Weit von den Weinbergen herüber hörte man noch zuweilen einen Winger singen, dazwischen blühte es manch-

mal von ferne und die ganze Gegend zitterte und säuselte im Mondschein. Ja manchmal kam es mir vor, als schlüpfte eine lange, dunkle Gestalt hinter den Jagelnußbüscheln vor dem Hause vorüber und gackte durch die Zweige, dann war alles einmal wieder still. — Da trat der Herr Guido eben auf den Balkon des Wirtshauses heraus. Er bemerkte mich nicht und spielte sehr geschäftig auf einer Zither, die er im Hause gesunden haben mußte und sang dann dazu wie eine Nachtigall.

Schweigst der Menschen laute Lust: Kaufst die Erde wie in Träumen Wunderbar mit allen Bäumen, Was dem Herzen kaum bewußt, Alte Zeiten, Lide Trauer, Und es schweifen leise Schauer Wetterleuchtend durch die Brust.

Ich weiß nicht, ob er noch mehr gesungen haben mag, wenn ich hatte mich auf die Bank vor der Haustüre hingestreckt und schlief in der lauen Nacht vor großer Ermüdung fest ein.

Es mochten wohl ein paar Stunden ins Land gegangen sein, als mich ein Posthorn aufweckte, das lange Zeit lustig in meine Träume hereinblies, ehe ich mich völlig bestimmen konnte. Ich sprang endlich auf, der Tag dämmerte schon an den Bergen und die Morgenfülle rieselte mir durch alle Glieder. Da fiel mir erst ein, daß wir ja um diese Zeit schon wieder weit fort sein wollten. Aha, dachte ich, heut' ist einmal das Wecken und Auslachen an mir. Wie wird der Herr Guido mit dem verschlafenen Lodenlopf herausfahren, wenn er mich draußens hört! So ging ich in den kleinen Garten am Hause dicht unter die Fenster, wo meine Herren wohnten, dehnte mich noch einmal recht ins Morgenrot hinein und sang fröhlichen Mutes:

Wenn der Hoppelvogel schreit, Ist der Tag nicht mehr weit, Wenn die Sonne sich aufstut, Schmeckt der Schlaf noch so gut! —

(Fortsetzung folgt.)

weibliche. Im Durchschnitt verwendet also Deutschland 15 Prozent Lehrerinnen; ebenso verhält es sich in Preußen. Natürlich sind die Quoten in den verschiedenen Teilen des Landes verschieden. Für Preußen steht Berlin mit 36,8 Prozent obenan, dann kommt Rheinland mit 30 Prozent und Westfalen mit 29 Prozent, alle übrigen preussischen Gebiete stehen weit unter dem Durchschnitt. Von den anderen Staaten Deutschlands stehen oben an Südbad (46,8 Prozent), Elsaß-Lothringen (44,5 Prozent) und Hamburg (36 Prozent). Bayern weist nur 18 Prozent auf und das Fürstentum Lippe hat überhaupt keine Lehrerinnen. Von außerdeutschen Ländern zeichnen sich die Vereinigten Staaten mit 92,3 Prozent Lehrerinnen vor allen andern Ländern aus; England hat 71,5 Prozent, Finnland 73 Prozent, Norwegen 69 Prozent, Italien 63 Prozent, Frankreich 46,7 Prozent, Russland und die Schweiz 36 Prozent, Schweden 35 Prozent, Dänemark 28,6 Prozent. Man sieht also, daß Deutschland in Bezug auf die Verwendung weiblicher Lehrkräfte noch an letzter Stelle steht.

Polizisten als Bauarbeiter.

Ein höchst seltsames Vorwissen wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Am 21. Januar, am Tage der Polizeiaten in der Arbeit, wurde um 12 Uhr mittags in dem bekannten Geschäft von Rudolph Herzog angefragt, ob in dessen Räumlichkeiten 40 bis 50 Schutzleute untergebracht werden könnten. Die Antwort war bejahend. „Darauf erschienen gegen 2 Uhr die Schutzleute, bei denen sich auch eine Anzahl von Leuten befand, die infolge ihrer Kleidung — weiße Hose, Arbeitsjacke, Mütze, Halbtücher — den Eindruck von Bauarbeitern machten. Diese „Bauarbeiter“, die man aber für maskierte Schutzleute hielt, verließen später wieder das Geschäft.“

Nach dem, was Genosse Fischer im Reichstage über das Treiben der Kriminalbeamten im Zuge der Demonstrationen berichtet kommt, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß diese „Bauarbeiter“ dazu bestimmt waren, als fagen wir einmal Statisten, bei den erwarteten Demonstrationen am 21. Januar mitzuwirken!

Ausland.

Frankreich.

Jaurès. Die „Frankfurter Zeitung“ hat über eine Tragödie in der Familie unseres Genossen Jaurès einen nicht ganz wahrheitsgetreuen Bericht gegeben, der auch in unserem Blatte wiedergegeben worden ist. Danach solle Jaurès' Tochter ihren festen Willen kundgegeben haben, in ein Kloster einzutreten. Der Sachverhalt ist folgender: Jaurès stammt aus einer bürgerlichen Familie. Sein Onkel war Admiral und Marineminister und Mitglied der gemäßigten republikanischen Partei; ein Bruder ist aktiver Marineoffizier. Jaurès selbst war ursprünglich einer der bedeutendsten Universitätsprofessoren Frankreichs; durch ein eingehendes Studium der Philosophie und besonders durch das Studium der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in der Großindustrie seiner südlichen Heimat, in Cahors, Albi, Toulouse, besonders in den Glashütten und in den Bergwerken von Carmaux, entwickelte er sich zum Sozialismus. Der größte Teil seiner Familie blieb ihrer gemäßigten republikanischen Gesinnung treu. So besonders die eigene Frau des Genossen, die ebenfalls aus streng bürgerlichen Kreisen stammt. Daher herrscht seit Jahren ein steter Konflikt in der Familie, der auch in gemeinsamer Weise von den Gegnern gegen unsern Genossen ausgeschlagen worden ist. Bis zum vorigen Jahre jedoch ist es Jaurès gelungen, durch seine weitherzige Toleranz jeden Eklat zu vermeiden. Im vorigen Sommer ist es nun trotzdem zum Bruche gekommen. Die Meritale und die Pfaffen haben in gehobener raffinierter Weise es verstanden, den Riß zwischen Jaurès und seiner Frau allmählich zu erweitern. Sie haben die Frau gegen den ihr angehauchten Ehegatten aufgehetzt, gegen einen Mann, der stets auf das liebevollste seine ganze Pflicht als Familienvater erfüllt hat. Die Pfaffen, die dem Politiker Jaurès sein mutvolles Eintreten für Trennung von Kirche und Staat und für die Verwirklichung der Schule nicht verzeihen können, rächen sich an dem Manne Jaurès, indem sie ihm seine Frau abtrünnig machen, der er in innigster Liebe ergeben ist.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Mignon. Der Reigen der in hunder Folge einander abwechselnden Gastspiele und Debüts der letzten Woche wurde gekrönt durch das Gastspiel von Frau Sigrid Arnoldson, der „schwedischen Nachtigall“, wie sie häufig genannt wird. „Mignon“ handelt es sich diesmal nicht um ein Engagement abzielendes Probebestehen, denn dieses hätte ziemlich sicher zu einem Kontrakt geführt, obwohl die große Künstlerin es uns dann nicht hätte verübeln dürfen, wenn wir an einigen ihrer bespötnen Kritiken geübt hätten. Wir hätten uns beispielsweise gewünscht, deutsch singen, was die geborene Schwedin ausgezeichnet kann und Einschränkung der Tempowechsel innerhalb erlaubter Grenzen. Denn eine solche vorwiegend untergeordnete Stellung, wie sie am Samstag der Kapellmeister eingenommen hat, möchten wir unsern deutschen Kapellmeistern, ausgerechnet im Lande des Musikdramas, für die Zukunft nicht wieder wünschen. Es gehört ein gutgeartetes Maß von Höflichkeit dazu, das Herr Lorenz dem Gast gegenüber bezeugt, wie mancher andere weniger routinierte Kapellmeister hätte da nicht die Contenance verloren. Aber das willkürliche Tempowachen ist mal bei den großen Gesangsvirtuosinnen so Sitte und wir hatten wieder ein treffliches Beispiel des Starwesens, unter dem sich Wagner so sehr zu leiden hatte. Sigrid Arnoldson hätte ein erzählendes Hervortreten gar nicht nötig; denn sie ist eine ebenso ausgezeichnete Schauspielersin wie Sängerin und würde in vis-à-vis mit einem so vortrefflichen Partner wie Herrn Adolphe nur noch mehr gewonnen haben. Zu einer weiteren Betrachtung gab dieses Gastspiel Anlaß. Wir haben wieder deutlich gesehen, daß unsern Ensemble eine Kraft fehlt, die für spezifisch christlich-dramatische Rollen, wie also die Mignon, die Carmen, die Nedda, Mimì, das Traucentrio in „Doffmanns Erzählungen“ geeignet wäre, Rollen, die mit ziemlicher Annuit gefungen werden müssen, zu denen auch eine reizvolle darstellerische Verfeinerung gehört, Eigenschaften, wie sie Frau Sigrid Arnoldson in vollem Maße und Fräulein Olga Kallen-see von der letzten Woche in recht annehmbarer Güte in sich vereinigt.

So halten die Priester die Lehren des Evangeliums von der Nächstenliebe und der ehelichen Treue ein.

Rußland.

Sterblichkeit und Bevölkerungsvermehrung im Jahre 1905. Dieser Tage erschien der Bericht des Haupt-Medizinal-Inspektors über den Volksgesundheitszustand im Jahre 1905. Die Sterblichkeit in Rußland nimmt jährlich zu und erreichte 1905 die Höhe von 30,9 pro Tausend. Die Zahl der Geburten sank von 48,1 im Jahre 1899 bis 44. Die Bevölkerungszunahme bezifferte sich 1905 auf 13,1 pro Tausend gegen 17,9 im Jahre 1899.

Badische Politik.

Minister Bodman und die bad. Sozialdemokratie.

Er hat den Schleier gelüftet, der neue Minister, und wir wissen, woran wir mit ihm sind. In unserer Stimmungsbild zur Samstagsitzung des Landtags und im Bericht selbst ist's nachzulesen, welche Stellung Herr v. Bodman zur Sozialdemokratie einnimmt. Was man bei der Ernennung Bodmans nunmehr, was cirrige Gerüchte künden, wurde am Samstag Tatsache. Herr Bodman behauptet die bürgerliche Partei, die mit der Sozialdemokratie geht, und denkt in diesem Augenblick gewiß nicht daran, daß sich dieses Bedauern auf die zwei großen Parteien der zweiten Kammer erstrecken müßte, denn in Bayern ging das Zentrum mit uns, in Baden die Nationalliberalen. Herr Bodman stellt die republikanische Gesinnung als ein todeswürdiges Verbrechen im monarchischen Staate Baden hin und hat gewiß bei seinem früheren Wirken in Konstanz erfahren, daß es sich auch mit den republikanischen Schweizern leben läßt. Herr Bodman spricht von der Feindschaft der Sozialdemokratie zur Armee und ist vielleicht auch darüber unterrichtet, daß kein deutscher Parlamentarier mehr für die Reformierung des Heereswesens und für die Besserung des Loses der Soldaten getan hat, wie der Sozialdemokrat Bebel. Herr Bodman will zur wirtschaftlichen und geistigen Hebung der Arbeiterklasse sein Teil beitragen und bedenkt nicht, daß auch die Sozialdemokratie mit denselben Forderungen schon seit 40 Jahren aufwartet. Er ist voller Unlogik, sonst müßte es ihm klar sein, daß mit der Förderung der Bestrebungen der Arbeiterklasse die Bestrebungen der Sozialdemokratie ebenfalls gefördert werden.

Auf diese und ein paar andere Widersprüche möchten wir nur heute hinweisen. Im Parlament wird ihm das andere gesagt werden. Der frühere Minister Schenkel sagte einmal im badischen Landtage: Ich möchte die Sozialdemokratie nicht missen. Herr Bodman muß sie dulden und kommt vielleicht als Minister noch öfter in die Lage, ihre Zustimmung für ein von ihm eingebrachtes Gesetz zu benötigen. Der 25. Januar war kein Glückstag für den neuen Mann; mit diesem „Meisterstück“ durfte er sich einer Partei nicht vorstellen, die genau vor einem Jahre

93 000 Stimmen

auf sich vereinigte.

Die Budgetkommission des Landtages

stimmt dem Vorschlage der Regierung, die Kanalisation der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen an die der Stadt Emmendingen anzuschließen, zu. Die schriftliche Regierungserklärung über die Notwendigkeit eines Polizeihauptmanns in Mannheim hat der Mannheimer „Volksstimme“ zufolge die Bedenken der Kommission nicht zu zerstreuen vermocht.

Die Beamtengehälter.

Die Gehaltskommission der zweiten Kammer hielt am Freitag Nachmittag zum Zwecke der Konstituierung ihre erste Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Gönnen, zum Berichterstatter über die Gehaltsordnung Abg. Heßler, zum Berichterstatter über das Beamtengehalt Abg. Oberlinger bestimmt. Die Regierung wird dem Landtag, nachdem er die Gelegenheitsfrage über die Veränderung der Gehaltsordnung und des Gehaltsstufens erledigt haben wird, auch eine Vorlage wegen Erhöhung der

Besüge des nichtetatmäßigen Personals zukommen lassen.

Ueber „Die Stellung des Liberalismus zum Bülow-Block“

Sprach in Freiburg am 23. Jan. in gut besuchter Versammlung Herr Dr. Haas aus Karlsruhe im „Storden“-Saale. Redner behandelte in vorzüglicher Weise die gegenwärtige Politik, zerlegte besonders die Paarungs-idee, der er anfänglich schon mit großem Mißtrauen gegenübergestanden habe. Aber nach dem, was dieser Block bis jetzt gebracht und besonders, was er nicht gebracht hat (siehe preussische Wahlreform!), sei wohl der größte Optimist belehrt worden. Den Bülow-Block betrachte er jetzt schon als aufgelöst, wenn es auch nicht offiziell gefeiert sei, denn den Kampf gegen die Dreiklassenwahlreform könne man nicht mit den Junkern und gegen Bülow führen. Zum Schlusse kam Redner auf die Wirtschaftspolitik zu sprechen und wies darauf hin, daß hier nur ein Zusammengehen aller freiheitlich gesinnten Elemente grundsätzlichen Wandel schaffe.

In der Diskussion sprach von unserer Seite Genosse Grumbach, welcher die Haltung der Nationalliberalen in der Schulfrage und in sonstigen wichtigen Fragen ins rechte Licht rückte und ihnen das Prädikat „moderne Menschen“ abspach. Von jungliberaler Seite sprach Herr Stöblin und verteidigte die süddeutschen Nationalliberalen, welche doch besser als ihre norddeutschen Brüder wären. Genosse Engler beleuchtete in kurzen Ausführungen die Unfähigkeit der Redaktion der „Freisgauer Zeitung“, in wichtigen politischen Fragen mitzusprechen.

Die badische Eisenbahnverwaltung hat einen Stellennachweis für Arbeiter eingerichtet, bei dem zurzeit 488 Arbeitsgesuche vorgemerkt sind. Bedarf ist jedoch augenblicklich nicht vorhanden.

Von der Schwarzwaldbahn. Die „Karlsru. Ztg.“ schreibt: In mehreren Zeitungen — siehe die Nr. 17 vom 21. ds. Mts. — findet sich die Mitteilung, daß sich kürzlich auf dem Bahnkörper der Schwarzwaldbahn zwischen Zimmendingen und Gattingen ziemlich oberhalb der Hauptversicherungsstelle der Donau ein großer Erdsplatt geöffnet habe. An diese Mitteilung wird die Befürchtung geknüpft, daß durch solche Vorkommnisse der Bahnbetrieb schwer gefährdet werden könne. Der Tatbestand ist folgender: Am 22. Dez. 1907 zeigte sich, daß an der Donauhalde in dem bergseitig liegenden Gleis Zimmendingen—Gattingen auf eine Länge von etwa 2 Meter und einer Tiefe von 50 Zentimeter der Bahnschotter verschwunden war. Diese Erscheinung ist auch schon in früheren Jahren aufgetreten und ruht offenbar daher, daß der Schotter in einen Spalt des stark zerklüfteten Kalksteinfelsens, der die Unterlage des fraglichen Gleises bildet, eingesunken ist. Das Schotterbett wurde sofort wieder ergänzt und Weisung gegeben, daß die fragliche Stelle einige Tage vorsichtig befahren werde. Nachdem sich bei mehrmaliger Untersuchung des Dammfußes, der Dammböschung usw., sowie bei der Beobachtung des Gleises weitere Anzeichen nicht ergeben hatten, wurden die Vorsichtsmaßregeln zum Langsamfahren der Stelle zurückgezogen. Seitdem haben sich keine Risse, Senkungen oder ähnliche Erscheinungen gezeigt. Ob die Einsenkung mit der Donauüberführung im Zusammenhang steht, läßt sich nicht feststellen. Gegen diese Annahme spricht, daß wenn ein Zusammenhang bestände, die Einsenkung wohl in stärkerem Umfang und auf eine größere Tiefe als nur 50 Zentimeter aufgetreten wäre. Da die Gleisstelle fortgesetzt überwacht wird, ist kein Anlaß zu Befürchtungen für die Sicherheit des Bahnbetriebes vorhanden.

Landtagsersatzwahl in Schopfheim-Schönau.

Der neuentdeckte Stern am politischen Himmel Badens, der Bündlerkandidat und Günstling des Zentrums, Herr Oswald von Matbach, ist nunmehr in seinen politischen Studien so weit vorgeschritten, daß seine Instruktoren es wagen, ihn die zusammengedrehten fogen Programmrebe auswendig lernen und vor den Wählern herfagen zu lassen. Der Ehre seines Besuches wurden am letzten Mittwoch auch die Wähler von Hausen gewürdigt. Eine ansehnliche Zahl Neugieriger hatte sich zur Versammlung eingefunden und harpte gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Herr Oswald ergriff das Wort, um die Wähler von all dem Guten, welches er im Falle seiner Wahl ins Landesparlament für sie zu tun gedente, in

Am Mittwoch findet die Erstaufführung von Sudermanns Einaktern „Rosen“, nämlich „Margot“, „Der letzte Besuch“, „Die ferne Prinzessin“, statt. Frau Sigrid Arnoldson wird ihr Gastspiel Dienstag den 28. in der Oper „Romeo und Julia“ fortsetzen. — Samstag den 1. Februar beginnen die Aufführungen des „Ringes des Nibelungen“. Dienstag den 4. Februar wird Herr Dreher im „Jägerblut“ gastieren.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

In Karlsruhe:

Mittwoch, 29. Jan. Abt. A. 32. Abmts.-Vorst. Zum erstenmal. **Rosen**, Einakter von Hermann Sudermann. 1. **Margot**, Schauspiel in 1 Akt. 2. **Der letzte Besuch**, Schauspiel in 1 Akt. 3. **Die ferne Prinzessin**, Scharzo in 1 Akt. Anfang 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr.

Freitag, 31. Jan. Abt. B. 31. Abmts.-Vorst. **Der Nichte von Salamea**, Schauspiel in 5 Akt von Calderon. Anfang 7 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr.

Samstag, 1. Febr. Abt. C. 33. Abmts.-Vorst. **Der Ring des Nibelungen**, ein Bühnenfestspiel von R. Wagner. Vorabend: **Das Rheingold** in 1 Aufzug. Anfang 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr.

Sonntag, 2. Febr. Abt. A. 34. Abmts.-Vorst. **Der Ring des Nibelungen**, ein Bühnenfestspiel von R. Wagner. 1. Tag. **Die Walküre**, in 3 Aufzügen. Anfang 6 Uhr, Ende nach 1/11 Uhr.

Montag, 3. Febr. Abt. A. 30. Abmts.-Vorst. **Fra Diavolo**, komische Oper in 3 Akten von Auber. Anfang 7 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr.

Dienstag, 4. Febr. Abt. A. 33. Abmts.-Vorst. Erstes Gastspiel des Hgl. Hoftheaters Konrad Dreher: **Jägerblut**, Volksstück in 4 Akt. von Benno Rauchenegger. Musik von Joseph Krügel. Dorfbauder Jägerl: Konrad Dreher als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Eintrittspreise am 26., 28., 29. Jan., 1., 2. und 4. Febr.: Balkon 1. Abt. 6 Mk., Speerzug 1. Abt. 4.50 Mk.; am 27., 31. Jan. und 3. Febr.: Balkon 1. Abt. 5 Mk., Speerzug 1. Abt. 4 Mk.

In Baden:

Donnerstag, 30. Jan. 4. Vorst. außer Abonnement. Einmaliges Gastspiel von Sigrid Arnoldson: **Romeo und Julia**, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod. Julia: Sigrid Arnoldson als Gast. Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Nennnis zu sehen; er wird u. a. eintreten für den Schutz der Landwirtschaft und des Mittelstandes, er will aber auch für das Wohl der übrigen Stände nach Möglichkeit eintreten. Den Schutz der nationalen Arbeit will der Kandidat des Bundes der Landwirte sich ganz besonders angelegen sein lassen. „Ich bin — so ruft Herr Oswald pathetisch aus — parteilos“, weil ich den Frieden wünsche, und ich werde mich im Falle meiner Wahl einer freien Vereinigung von Männern anschließen, die mit mir der gleichen Meinung sind.“ Herr Oswald wird jedenfalls mit der Stalllaternen die „freie Vereinigung“ im badischen Landtag suchen müssen. Die Abwiderlung der „Programmrede“ nahm einen Zeitraum von kaum 10 Minuten in Anspruch. Die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer dürfte nach dem Gehörten wohl der Meinung gewesen sein, daß es für den Bündlerkandidaten besser wäre, nach dem Grundfatz zu handeln: „Schuster bleib bei deinem Leisten!“

Als zweiter Redner trat ein gewisser Müller oder Giller, ein noch junger Herr, auf, um für den Bund der Landwirte Stimmungen zu machen. Das Zeugnis muß man dem Herrn ausstellen: er macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und sagt unverblümt, was die notleidenden Agrarier sich alles wünschen. Hohe Zölle, Sperrung der Grenzen gegen Einfuhr von ausländischem Vieh, Belastung mit Zoll auch derjenigen Lebensmittel, die jetzt noch zollfrei eingeführt werden dürfen, sind Mittel, die der junge Herr für die Landwirtschaft verlangt. Auch das Kulturniveau des deutschen Arbeiters scheint dem Bündleragitorator ein Dorn im Auge zu sein, er rühmt die Anspruchslosigkeit beispielsweise des italienischen Arbeiters.

Und für eine Partei, die der Meinung ist, die übrigen Bevölkerungsklassen wären nur dazu da, sich ausplündern zu lassen bis aufs Hemd, sollen nun die Zentrumsmitglieder ihre Stimmen abgeben. Fürwahr, die Arbeiter, die heute noch dem Zentrum nachlaufen, sie müßten mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie einem Bauernbündler die Stimmen geben würden. Mit Recht müßte man ihnen zurufen: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen mit äußerster Anstrengung versuchen, ihre katholischen Arbeitskollegen aufzuklären über die unwürdige Rolle, die das Zentrum ihnen zugebach hat, wenn es von ihnen verlangt, einen geschworenen Feind der Arbeiterinteressen ins Parlament zu wählen.

Parteigenossen! Noch wenige Tage, dann fallen die Würfel. Mit Spannung steht das ganze Land und darüber hinaus auf den Ausgang des Kampfes. Alle Parteien leisten das menschlich-mögliche. Der Wahltag wird zeigen, ob die Sozialdemokratie niedergedrückt ist oder nicht. Am Vorabend der Wahl spricht unser Kandidat, Genosse Müller, in der Bahnhofstraße in Schopfheim, seiner Vaterstadt, Genosse Engler aus Freiburg im „Pflug“ in Fahrnaun und Genosse Köschler voran in der „Schiffstraße“ in Zell i. B. Diese Versammlungen müssen riesenhaft besucht werden. Agitiert und arbeitet! Parteigenossen! Macht die Arbeiterwähler darauf aufmerksam, daß jeder so frühzeitig als möglich zur Wahl geht. Die Wahlzeit dauert von vormittags 11 bis abends 8 Uhr. Um 6 Uhr nach Geschäftsschluss muß alles sich bei den Wahlstellen einstellen, um den Schloßbeamten zu befehlen. Jeder tue seine Pflicht, keiner verlasse sich auf den andern. Nur so ist es möglich, günstig abzuscheiden. Vorwärts, sei die Lösung überall!

Gewerkschaftliches.

Gaggenau, 24. Jan. Um ein neues Glied haben sich hier die Gewerkschaften vermehrt. Die Friseurgehilfen am Plage haben sich ihrem Zentralverbande angeschlossen. Das Hauptprinzip der neuen Organisation ist: einheitliche Regelung der Arbeitszeit. Die Friseurgehilfen schaffen an die Arbeiterschaft die vollberechtigte Bitte, sie in ihrer selbstbestimmten Arbeit zu unterstützen. Die Forderung eines pünktlichen 9 Uhr Laden-Schlusses, sowie des Geschäftsschlusses an Sonntagen um 3 Uhr sind gewiß nicht übertrieben. Es liegt nur am Publikum, dem Schlenndrian abzuwechseln, aber leider stellen gerade Organisierte den Hauptkontingent der Nachbummeler. Solidarität soll unsere Parole sein! Um das Niveau der Kollegen zu heben und um den Anreizen den richtigen Nachdruck zu verschaffen, wurde einstimmig beschlossen, der Gewerkschaftskommission beizutreten.

Aus Böhrlental geht uns folgendes Schreiben zu: In der Nummer 8 Ihrer geliebten Zeitung vom 8. d. M., Seite 5, unterbreiten Sie einen Artikel von hier betreffs eines Zigarettenfabrikanten. Ich hatte f. B. den Artikel gelesen, aber keineswegs dabei gedacht, daß ich beim hiesigen Publikum in Frage kommen könnte und ich mich also keineswegs getroffen fühle. Heute liegt die Sache anders; es wurde von der hiesigen Einwohnerchaft nachgefragt, wer vor Weihnachten 1907 Familienzuwachs erhalten hat, und da dies nur bei mir zutrifft, kann auch nur ich für den Artikel in Frage kommen. Heute ist der Artikel das Tagesgespräch hier, aber auf der einen Seite strachelt man, weil ich kein Waldmichelsfreund bin, auf anderer Seite hat sonst niemand, wie schon erwähnt, Familienzuwachs erhalten, als ich.

Ich für meine Person fühle mich heute noch nicht getroffen und zwar aus folgenden Gründen: Ich habe niemals den erwähnten Ausdruck in meinem Geschäft und auch sonst nirgends gebraucht; weiter kann ich durch sämtliche meiner 40 Arbeiter nachweisen, daß ich im Monat Dezember 1907 ohne jedes Verlangen seitens der Arbeiter pro Mille 30 bis 40 Pf. je nach Leistung aufgebessert habe und bezahle seit 10 Jahren hier den höchsten Arbeitslohn in unserer Branche.

Aus den angeführten Gründen erwinde ich die Redaktion um Abberufung für meine Person und wollen Sie sich in Zukunft von Ihrem Herrn Korrespondenten besser informieren lassen. Ich bin gerne bereit, meine Angaben durch Unterschriften meiner sämtlichen Arbeiter beglaubigen zu lassen.

Josef Stolper, Zigarettenfabrikant.

Kommunalpolitik.

Konstanz, 24. Jan. Durch den in Aussicht stehenden Gymnasiumsneubau scheint sich die hiesige Bevölkerung in zwei große Parteien teilen zu wollen, und jede will durch Petitionen beim Ministerium und den beiden Landesparlamenten ihre Interessen gewahrt wissen. Der Petition der linksrheinischen Bevölkerung wird nun eine solche der rechtsrheinischen Bevölkerung auf dem Wege folgen, denn bereits haben sich einige Baummeister und interessierte Häuserbesitzer des neuen Stadtteils Peterhausen, wohn in das neue Gymnasium nach dem Beschluß der Regierung kommen soll, zusammengenagt, um in einer Petition die Regierung zu bitten, es beim gefassten Beschluß zu belassen. Man glaubt dadurch um so eher in den Besitz einer Straßenbahn zu gelangen nach der Richtung des rechtsrheinischen Stadtteils.

Sozialpolitik in Frankfurt a. M. In der gestern stattgefundenen Stadtkonferenz wurden unsere dortigen Ge-

nossen wieder einmal ein sozialpolitisches Musterstücklein des Magistrats an den Pranger stellen. Während sich unsere Fraktion bemüht, den Arbeitslosen Notstandsarbeiten zu verschaffen, ist der Magistrat eifrig bemüht, die Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern. Bisher waren dort eine große Anzahl armer Witwen, Invaliden usw. mit dem Verkauf von Zeitungen beschäftigt, teils auf besonderen Plätzen, teils in von der Stadt gepachteten Kiosks. Jetzt hat nun der Magistrat den Zeitungsverkauf monopolisiert und einem Großkapitalisten denselben übergeben. Um die Stadtkonferenzversammlung im Dunkel zu lassen, mußte sich der neue Wächter entschließen, auf seine Kosten die noch zu errichtenden Kiosks zu bauen, um so einer Besprechung auszuweichen. Die Sache wäre vielleicht noch nicht in die Öffentlichkeit gekommen, wenn nicht der als großer Scharfmacher bekannte Kapitalist sofort den bisherigen Wächtern gekündigt hätte und so die Sache auskam. Unsere Genossen sagten dem dortigen Magistrat deutlich ihre Meinung über diese „Mittelstandsrettung“. Die anderen bürgerlichen Vertreter fanden nicht die nötigen Worte zu diesem Skandal und wollten nur ihr „Gebauern“ ausprechen. Schließlich wurde die Affäre auf Antrag unserer Genossen einem Ausschuss überwiesen.

Genossenschaftsbewegung.

Aus Wilingen schreibt man uns zu dem im dortigen Konsumverein ausgebrochenen Streit folgendes: Wie in Nr. 14 des „Volksfreund“ mitgeteilt ist, würden die vier ausgeschlossenen nicht ruhen bis ihnen Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben ist. Zu diesem Zweck wurden von einigen Mitgliedern Riesen in Ulmlauf gesetzt, um dadurch die zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung nötigen Unterschriften zu erhalten. Dies war von Erfolg, denn 146 Mitglieder waren dafür. Hätten wir familiäre Mitglieder befragen können, wäre der Erfolg ein noch größerer. Dadurch ist bewiesen, daß ein beträchtlicher Teil der Mitglieder mit der Gewalttätigkeit des Vorstandes nicht einverstanden ist. Wie man uns aber mitteilt, wollen die Herren den ausgeschlossenen das Recht zur Verteidigung nicht zubilligen, sondern geben sie aus der Verammlung auszuweisen. Sollte dies zutreffen, so gehen die Herren damit selbst zu, daß ihr Vorgehen ein ungerichtetes war, denn wenn sie, wie sie sich immer brühten, gestrotzt die Sache entgegenstellen, liegt ja kein Grund vor, die vier ausgeschlossenen nicht zu verteidigen zu lassen und deren Kritik zu scheuen. Jedenfalls werden die Mitglieder hier ein gewichtiges Wort mitzureden und sich nicht widerstandslos der Diktatur fügen. Ob jetzt die Herren Bob und Schöllhorn die 146 auch eine „Rote“ nennen werden, oder als „Handvoll Krawaller“, „Spektakelträger“, „Ruschkolpepper“ und „Strauchritter“ bezeichnen, wie sie es in Nr. 296 des „Bill. Volksblatt“ getan haben? Damals schrieben sie grobverächtlich, es müßte ja doch ein Gewissen eines Mannes stehen, wenn er solchen Leuten (gemeint waren die 16 Antragsteller) nicht die Stange halten könne und würden sie in der nächsten Generalversammlung mit diesen Abrechnung halten und gehörig den Kämmler reiben. Statt dessen ergreifen die Herren den besseren Teil der Dabierheit und glauben die ihnen lästigen Mitglieder einfach auszuschließen; dabei werfen sie dem Volksfreundartikel Feigheit vor, obwohl ihr Verhalten eine Feigheit sondergleichen ist. Über die Herren können sich täuschen, und anstatt, daß sie uns den „Kämmler“ reiben, können sie selbst eine Niederlage erleben.

Der Artikel in Nr. 14 des „Volksfreund“ scheint den Herren etwas auf die Nerven geschlagen zu haben. Nachdem sie die Leute mit ihren Spitzsaatartikeln bis zum Ueberdruß angefeilt hatten, versuchen sie jetzt ihr Döhl in Internaten und glauben uns mit etlichen faulen, süßobdrigen Eitern lächerlich machen zu können, ohne jedoch auf den Kern des Artikels eingegangen. Unsere Vermutung, daß es den Anschein hätte, als ob ihnen das bische Händchmal hätte gegangen sei, wird jeden Tag mehr bestätigt. Sie sagelten zwar, daß sie sich der Hoffnung hingeben, noch bis auf die Spitze zu gehen, dem „Mader“ sein ebr- und ruhmbekanntes Haupt einzusetzen. Aber schon dieses, sowie das folgende Internat ließen daraus schließen, daß die Herren bei Angabe derselben in etwas abnormer Verfassung waren. Um ihnen aber Gelegenheit zum Einreiben eines ehr- und ruhmbekanntes Hauptes zu geben, raten wir ihnen, diese Probeur einzuweisen an ihrem Vorjüngenden vorzunehmen, denn dessen Haupt war unbedingt mit Ehre und Ruhm bedeckt, als er es machte wie feinstgerstet der Ilmer Kubbitz und läutenigst sein Mitglied als Polizeimeister nahm. Der einfältige Bis, sie wollten den Artikelfreier zum „Miter der Ehrenlegion“ ernennen, ist zu bumm, um auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Sollte aber einmal ein „Schützenjägerorden“ oder ein solcher „für freie Liebe eines Chemannes“ ausgestellt werden, so können wir mit Vorschlägen dienen. Dies mögen sich die Herren einfallen merken. Im übrigen wollen wir die Generalversammlung abwarten. Da die Herren nicht genug den „Harnen Mann“ herauskehren konnten, wäre es Meinlich, wenn sie jetzt feige austreiben wollten. Wo, Herr Bob und Schöllhorn, bei Philipp! sehen wir uns wieder! Die Rhodus, die sakt!

Einer von der „Rote“.

Badische Chronik.

Freiburg.

Zur Lebensmittellieferung. 26. Januar. — Zur Lebensmittellieferung. In der Nr. 14 des „Volksfreund“ vom vorletzten Freitag war ein „Eingekandt“, die hiesige Milchvertheuerung betreffend. Die „Preis. Tagespost“ will den Artikel nicht abdrucken, aber aufbewahren, um den Bauern gelegentlich zu zeigen, wie es mit der Bauernfreundlichkeit der Sozialdemokraten ausseht. Wir können der „Tagespost“ verzeihen, daß wir einer Auseinandersetzung über diesen Punkt auch vor Bauern nicht ausweichen. Die Waldmichel sollen uns nur nicht überall die Lokale abtreiben, dann wollen wir den Landwirten schon zeigen, wie durch die Zölle auf Futtermittel, auf landwirtschaftliche Geräte, turg auf alle Bedarfsartikel, die Preise getrieben wurden und wie die gleichen Herren, welche durch ihre verkehrte Wirtschaftspolitik die Preissteigerung herbeigeführt haben, jetzt bei den Bauern für Milchpreisrückgang agitieren, aber wohlweislich verschweigen, woher die gestiegenen Preise kommen. Wenn nun aber der Schreiber der „Volksfreund“-Notiz meint, die Organisationsleitung hätte den Kampf dagegen aufnehmen sollen, so müssen wir darauf erwidern, daß ein solcher Kampf zwecklos gewesen wäre. So wenig eine Konsumtenorganisation Lohnkämpfe führen kann, so wenig können die Gewerkschaften solche Kämpfe führen. Es wird im Grunde niemand glauben, daß etwa das Gewerkschaftsartell schnell eine Milchzentrale einrichtet und aus größeren Entfernungen Milch beziehen kann, denn dazu gehört Geld und die Gewißheit, daß die Konsumenten dauernd treue Kunden bleiben; aber mit dem letzteren happens gewöhnlich.

Schreiber dieses war kürzlich in einer Stadt, wo der Konsumverein ein Milchgeschäft betreibt. Der Verein kauft die Milch für 15 Pf. und verkauft sie für 18 Pf. Die Milchhändler und die Bauern aus den nähergelegenen Ortschaften führen einen erbitterten Kampf gegen den Verein, weil sie den Preis auf

20 Pf. erhöhen wollen. Diese Tatsache ist am Plage bekannt und man sollte glauben, daß die Konsumenten, vor allem die organisierten Arbeiter, den Konsumverein unterstützen; nichts von alledem, der Konsumverein hat nur wenig Abnehmer und das Milchgeschäft ist dadurch unrentabel. Die Folge davon wird sein, daß er diesen Geschäftszweig aufgeben muß und die Milchhändler und Bauern ihre Preisrückgang durchsetzen. Dann, ja dann wird geschimpft. In Freiburg besteht schon seit 40 Jahren ein Konsumverein, aber ein großer Teil der organisierten Arbeiter kümmert sich nur in negativem Sinne um denselben, trotzdem sie wissen könnten, daß das Brot und verschiedene andere Artikel teurer wären, wenn der Verein nicht wäre. Hätte der Konsumverein die Sache in die Hand genommen und vielleicht 20 bis 40 000 Mk. für die Einrichtung ausgegeben, so hätten die Händler und Bauern den Preis vorübergehend herabgesetzt und die Konsumenten wären treue Kunden ihrer Milchfrau oder ihres Milchmannes geblieben.

Wenn die Arbeiter nicht erkennen lernen, daß sie sich als Konsumenten zusammenschließen müssen, dann werden sie sich eben solche Maßnahmen noch mehr gefallen lassen müssen. Die Arbeiter haben erkannt, daß sie sich nicht dann erst gewerkschaftlich organisieren dürfen, wenn ein Streik beginnen soll, und so liegt es auch auf diesem Gebiete. Einen Milkrieg in dem Sinne zu inszenieren, daß man keine kauft, ist hier ebenso aussichtslos. Sichtlich hätte sich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt und die Milch, welche den Bauern stehen bleibt, wird von diesen sonst verwendet. Für Butter und Käse ist auch stets Absatz vorhanden. Es gibt nur ein Mittel, den festen, dauernden Zusammenschluß der Konsumenten, welche dann durch ihre Organisation direkt mit den Produzenten in Verbindung treten und den Zwischenhandel ausschalten. Während wir in der Stadt 22 Pf. bezahlen müssen, erhalten die Bauern, welche ihre Milch nicht selbst in die Stadt bringen, oft nur 13 Pf. Der Zusammenschluß der Konsumenten wäre sicher auch nicht zum Schaden der Bauern.

Schließen sich die Konsumenten nicht zusammen, dann wird eines schönen Tages die Milchzentrale der Produzenten erscheinen, welche dann eben die Interessen der Produzenten wahrnimmt.

In der gestrigen Nummer kommt die „Preisg. Ztg.“ auf meine Ausführungen in der Volksversammlung vom letzten Donnerstag zurück. Zunächst muß ich feststellen, daß ich nicht gesagt habe: „Bei der Wahl in Schopfheim werden wir uns für das, was die „Preisg. Ztg.“ geschrieben hat, rächen.“ Was die Schopfheimer Genossen in der Stichwahl tun wollen, habe nicht ich zu bestimmen. Ich habe nur gesagt, daß diese Wahl vielleicht mandem die Augen öffnen wird; daß dies bei der Redaktion der „Preisg. Ztg.“ der Fall sein wird, glaube ich nicht. Daß sich die „Preisg. Ztg.“ nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Wahlrechtsdemonstrationen ausgesprochen hat, ist ferner. In dem von mir angezogenen Artikel wurden die Demonstranten als „politisch unreife Menschen“ bezeichnet, welche in der Hand von gewissenlosen Führern ein Spielball seien. Außerdem wird der Regierung die Ausrede in die Hand gegeben, daß man einem solchen Volke das Wahlrecht nicht geben kann. Im übrigen verlange ich so wenig, wie irgend ein anderer Sozialdemokrat, daß die Nationalliberalen ihre Prinzipien verleugern, es aber nutzlos ist, bei jeder Gelegenheit im Stille der Konservativen über die Sozialdemokraten herzufallen, wird die Zukunft lehren.

Überdies ist eine Zeitung, die selber schreibt, daß sich das Programm der Freiwerksvereine fast mit dem ihrigen decke, darf einem das nicht wundernehmen. Für mich handelte es sich in der Versammlung darum, die reaktionäre Tendenz des Blattes zu kennzeichnen und da habe ich gar nichts zurückzunehmen.

W. E.

Eine Stiftung von 130 000 Mk. hat der berühmte Schlossermeister Haberle der Stadt Freiburg vermachte mit der Bestimmung, daß die Zinsen aus diesem Kapital an hiesige arme Bürger und Bürgerwitwen, die mindestens 20 Jahre hier wohnen, verteilt werden. Weitere 10 000 Mk. vermachte der Erbkasser der Stadt zum Zwecke der Verabreichung von Armennuppen im Winter. Auch die Raifenstiftung erhielt 10 000 Mk.

Dem Bürgerausschuß ging eine Vorlage wegen Erbauung eines Volksschulhauses im Vorort Haslach zu. Die Kosten (einschließlich Geländerverwertung) sind auf 255 771 Mark veranschlagt.

Mülheim, 24. Jan. Das Advokaturbureau Schmitt u. Mayer in Rörnsch verzeichnet auf die Presse folgende Verichtigung: „In der gestrigen Presse des badischen Oberlandes und darüber hinaus ist die Nachricht verbreitet worden, daß der hiesige Eigentümer der Fischjudantail und des Gefäßgefäßes Schweighof-Badenweiler — Gaad mit Ramen — mit Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast von etwa 100 000 Mark flüchtig gegangen sei und sich angeblich nach der Schweiz gewandt habe, nachdem er seine pfändbaren Objekte lange vorher in Sicherheit gebracht habe. Diese Nachricht ist von Anfang bis zu Ende funden. Herr Gaad hat sich nach ordnungsmäßigem Verkauf seines Anwesens in Schweighof, aus dem ihm ein erhebliches, teilweise auf dem Anwesen jetzt noch gezeichnetes Aktivvermögen übrig geblieben ist, seinen Wohnsitz nach Basel verlegt, um sich dort geschäftlich zu etablieren. Wegen die Vertreter der Nachrich will Herr Gaad Klagen vorgehen.“

Wilingen, 26. Jan. Das finanzielle Ergebnis der hiesigen Gewerbe- und Industrieausstellung dürfte ein günstiges sein. Wenigstens rechnet man nicht mit einem Defizit.

Planhals, 26. Jan. Arbeitererzählung. Der vertriebene Bremser Johann Heid von hier geriet auf der Station Vinau bei Redaretz beim Rangieren eines Güterzuges unter die Räder desselben und wurde sofort getötet.

Mannheim, 24. Jan. Der Arbeitsmarkt am hiesigen Plage wie auch in anderen Industriebezirken hat sich im Laufe der Wintermonate erheblich verschlechtert. Nur das Transport- und Verkehrsgewerbe und die chemische Industrie können im allgemeinen nicht über Minderbeschäftigung klagen.

Seibelsberg, 26. Jan. Die Kunststoffabrik von Maier und Marx ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen sind brotlos.

Patentliste badischer Erfinder.

Verichterhaltung des Verbands-Patentbüros Bayerns Patent-Ingenieur-Vereins.

Gebrauchsmuster.

33 b. Backhalter für Reiskeffer. Emil Schaueble, Ruppenheim, Rurgtal.

37 b. Rohrverbindung an Knotenpunkten für aus Gasrohren bestehende Eisenkonstruktionen. Kt. Gei. Brown-Boveri u. Co.

37 c. Borrichtung und Verpackung.

(Fortsetzung auf der 7. Seite.)

Arbeitslosen-Versammlung.

Das Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe beruft hierdurch auf **Dienstag den 28. Januar, vormitt. 10 Uhr** in den Möhrlein'schen Saal, Kaiserstraße 13, eine

Arbeitslosen-Versammlung

eln. — Alle in Karlsruhe ansässigen Arbeitslosen werden aufgefordert, sich in der Versammlung einzufinden. Es handelt sich darum, festzustellen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit am Platze angenommen hat und diejenigen Maßnahmen zu beraten, die geeignet sind, die Not zu lindern. Es liegt daher im eigenen Interesse der Arbeitslosen, die Versammlung zu besuchen. Kosten erwachsen den Arbeitslosen durch den Besuch der Versammlung nicht, da in der Versammlung keine Getränke verabreicht werden dürfen.

Das Referat hat Arbeitersekretär **Willy** übernommen.

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Festhalle Karlsruhe.

Samstag den 1. Februar 1908, abends 8 Uhr:



Städtischer Maskenball



mit Prämierung der schönsten und originellsten Herren u. Damen-kostüme und Gruppen.

Gesamtwert der Preise 1100 Mark, wovon in bar 800 Mark. (6 Herren, 10 Damen, 8 Gruppenweise) — Gruppen aus mindestens 4 Personen bestehend.

Konzert- und Ballmusik:

die Kapelle des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments, Leitung: Königl. Musikdirektor **Adolf Boettge**, und die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr Leitung: Kapellmeister **Helmuth**.

Zum Ballsaal ist Maskenlostin oder Gesellschaftsanzug vorgeschrieben. **Vorverkauf von Eintrittskarten** für die Person zu **3 Mk. 50 Pfg.** von Mittwoch den 29. Januar bis Samstag den 1. Februar, abend 7 Uhr, bei:

- Herrn Hof-Pfostenier **Fr. Betsch**, Amalienstraße 22,
- Kaufmann **G. Dahlemann**, Kaiserstraße 185,
- " **N. S. Dietrich**, Kaiserstraße 179a,
- " **Eduard Flüge**, Kaiserstraße 51,
- Hofstädler **K. Frey**, Kaiserstraße 99,
- Kaufmann **F. Kiffel**, N. L. Beck's Nachf., Kaiserstraße 150,
- " **K. Kühnel**, Durlacher Allee 4,
- " **H. Lindenlaub**, Kaiserstraße 191,
- " **Hermann Meyle**, Ecke Kaiser- und Bestendstraße,
- " **F. Reiss**, Luisenstraße 68,
- " **G. Schneider**, Kaiserstraße 122, Eingang Waldstraße,
- " **Thiering**, vorm. W. L. Schwaab Nachfolger, Amalienstraße 19,
- " **A. Stauffert**, Kaiserstraße 113, Ecke Adlerstraße,
- " **A. Steinmann**, Werderstraße 42,
- " **Chr. Wieder**, Kriegstraße 3a,

sowie im Kiosk des Verkehrsvereins beim Hotel Germania. **Kassenpreis** am Ballabend in der Festhalle 4 Mark für die Person. **Karten** zu 4 Mk. für nummerierte Balkon- u. Galerieplätze (erste Reihe) in beschränkter Zahl bei Herrn Kaufmann **G. Dahlemann**, Kaiserstr. 185.

Gewerkschaftskartell Freiburg.

Dienstag den 28. Januar, abends punkt halb 9 Uhr beginnend

Rezitations-Vortrag

im Kornhausaal.

Herr **W. Klotze** rezitiert das Drama „Der Krieg“. **Eintrittspreis** für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige pro Person 10 Pf., nur im Vorverkauf. In der Rasse 30 Pf. — Karten sind im Vorverkauf zu haben bei allen Gewerkschaftsvorständen und auf dem Arbeitersekretariate, Marktplatz 80. Wir erlauben die Mitglieder ganz besonders auch ihre Frauen mitzubringen.

Eisengiesser u. Kernmacher

zum sofortigen Eintritt gesucht. **Schneider, Jaquet & Co.** G. m. b. H. Maschinenfabrik u. Eisengießerei Straßburg-Königsboschen.

Schuhbesohler empfiehlt sich dem geehrten Publikum. **Fr. Rück**, Marienstr. 23, 2. St. 376

Kartoffeln

gelbe 3 Pfd. **12** Pfg. 3tr. **320**

Zwiebeln

Pfund **6** Pfg. 10 Pfd. **55** Pfg.

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. **Telephon 460.**

In den bekannten Verkaufsstellen.

Schwächlichen

5255 * **Kindern**

gebe man meinen wohlbelömmlichen Medicinal-Lebertran oder besser noch meine gutschmelzende Lebertranemulsion **Apotheker Strauss, Drogerie in Mühlburg.**

Haus-Verkauf.

Ein einstöckiges Wohnhaus (neuerbaut) nebst Scheune, Schuppen und Stallung sowie etwas Hausgarten ist um den Preis von 9800 Mk. zu verkaufen. Dasselbst wird ein leichter Wagen preiswert abgegeben. Zu erfr. in **Knielingen, Hildstr. 17. 403**

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Juni 1907 unter Nr. 10786 bis mit Nr. 12748 ausgestellt bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **6. Februar 1908** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.

Karlsruhe, den 25. Jan. 1908. **Städt. Pfandleihkasse.**

Billiger Verkauf von neuen Möbeln.

Spiegelschrank 65 Mk. Vertikal 42 Mk. Tisch, eich. Platte 14 Mk. Chiffonniere 35 Mk. Engl. Vertikale 35 Mk. und Verschiedenes **sehr billig.**

55 Durlacherstrasse 55

partee links. 189

Wegen Umzug

sehr bill zu verl. guterhalt. Sofa 15 Mk. schöne Kommode 15 Mk. Waschkommode in Wärmpl. 25 Mk. Bilder St. 1 Mk. eleg. noch n. Steil. Tischend. 48 Mk. best. Stühle, Nist. Chiffonier 1 schwarz, Kleid f. mittl. Figur, Kostümrock, Blusen, Maskenfistigeunerin u. Spanierin f. bill. f. Zimmerstück mit Eisenplatte Kinderstühle. **Dirschl. I. V.**

Beleidigungs-Zurücknahme.

Der Unterzeichnete nimmt hiermit die gegen den Kaiser Franz Schärer und dessen Ehefrau in Dürmersheim ausgesprochene Beleidigungen als unwahr zurück.

Dürmersheim, 24. Jan. 1908. **S. Schlager.** 396

Glaserlehrling

gesucht auf Ostern oder später. Näh. b. d. **Erped.**

Großer Spiegel

neu, mit geschliff. Glas u. schön. Rahmen, 84 cm hoch, 66 cm breit für nur **9 Mk.** verl. **Douglasstr. 30 p.**

Viktoriastr. 7, 4. St., einf.

möbl. Maniervogelzimmer billig zu vermieten.

Unserem Kollegen David

zu seinem Wiegensteife wünschen alle seine Kollegen von Herzen viel Glück, Segen und langes Leben. **Die Kollegen.** 404

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Karlsruhe. **Montag, den 27. Januar 1908, abends halb 9 Uhr.**

Vertrauensmänner-Versammlung

in der „Fortuna“, Ecke Wald- und Blumenstraße.

Arbeiter-Diskussionsklub

Dienstag den 28. Januar, abends halb 9 Uhr pünktlich beginnend, im großen Saale d. Gemeindehauses, Blücherstr. 20

XIV. Vortrags-Abend

Thema:

Die Weltanschauung eines Arbeiters. Redner: Herr Schriftfeger **Gustav Erb.** Eintritt frei. Damen willkommen.

Feuerbestattungs-Verein Durlach

G. B.

Donnerstag den 30. Januar, abends 8 Uhr beginnend, findet im „Krokodil“, Hauptstraße hier, die

Generalversammlung

statt. Tagesordnung:

1. Jahresbericht;
 2. Ersatzwahl für ein Vorstandsmitglied;
 3. Wünsche und Anträge der Mitglieder.
- Wir erlauben um zahlreiche Beteiligung; **Der Vorstand.**

Kolosseum, Freiburg

beim Martinstor.

Das wunderbare Programm

mit **Mik Alice, Capt. Elena**, weltberühmte Transvaal Kunstschülerin. **Ura, Zebra, Vora**, indianischer Zeitvertreib. **Walter Schneider**, der geistreiche Humorist. **Bernhard Trill**, Ferner die andern neugagierten Künstlertruppen, sowie noch bis inkl. 31. Januar in jeder Vorstellung **Variété in Variété**. Kinematograph in längst bekannter Güte. **Samstag 2 Vorstellungen**, 4 u. 8 Uhr abends mit Vorverkauf in Rasse von 11-12 $\frac{1}{2}$ Uhr. Ferner von 11-12 $\frac{1}{2}$ Uhr große Familienfrühkonzert, **Walter Schneider** mit neuen Vorträgen, vollständig freier Entrée.

Rechtsanwalt

beim Großherzogl. Landgericht Karlsruhe

niedergelassen habe. Meine Geschäftsräume befinden sich zusammen mit denen des Herrn

Rechtsanwalt Dr. Wollf, Karlsruhe **Kriegstrasse 48.** **Dr. Leop. Friedberg.**

Buchhandlung Volksfreund.

Soeben ist erschienen:

Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika.

Von **Hermann Schlichter.**

XII. und 216 S. Gr.-Oktav Preis broschiert Mk. 8.— gebunden Mk. 4.— Nach auswärts 30 Pfg. Porto mehr. Der Verfasser, seit langer Zeit Redakteur der New Yorker Volkszeitung, beginnt mit dem vorliegenden Bande eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten der Hand eines großen Quellennaterials, das er sich durch eifrigste Sammelarbeit zugänglich gemacht hat.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: **Wilhelm Weitling und seine Agitation in Amerika** **Negerkollaborat und Arbeiterbewegung** **Der Sozialistische Turnerbund.**

Ganz besonders ist der Teil des Buches, der Weitling und seine Agitation behandelt, von besonderem Interesse. Dem ist ein Stück Auto-Biographie Weitlings beigegeben, die nirgends bekannt geworden ist und ein vollständig abgeschlossenes Bild seiner Tätigkeit gibt.

Arbeiter! Abonniert den Volksfreund

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 17.—23. Jan.: Hertha, Vater Emil Albrecht, Kolonnenführer. — Julius, Vater Christian Kurz, Weichenwärtler. — Olga, Vater Gustav Hed. Wegner. — Konrad Ludwig, Vater Friedrich Albrecht, Regierungsassistent. — Herman Christof, Vater Christian Rieselmann, Hafenarbeiter. — Martha Käthe, Vater Ludwig Grünwedel, Arbeiter. — Karl Martin, Vater Friedrich Gang, Schloffer. — Emilie, Vater Gustav Weder, Einleger. **Todesfälle** vom 22.—23. Jan.: Johann Wegel, Buchbinder, ein Gemannt, alt 69 J. — Luise Rupp, alt 87 J. — Frau des Privatiers Rudolf Rupp. — Stefanie Ritter, ohne Gewerbe, ledig, alt 31 J. — Karl, alt 8 J., Vater Hermann Köth, Aufseher. — Arthur Widmann, Privatier, Witwer, alt 68 J. — Eugen Wittmer, Betriebsleiter, ein Witwer, alt 32 J.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 13.—18. Januar 1908. Sofie Luise, Vater Jakob Johann Wechtold, Gärtner. — August Erwin, Vater Karl Ritter, Zimmermann. — Willi Heinrich, Vater Jakob Bauer, Bauführer. — Kurt, Vater Karl Himmel, Febricitarbeiter. — Heinrich, Vater Gottlob Paul Zettersh, Monteur. — Herbert, Vater Heinrich Leonhard Kappeler, Schloffer. **Todesfälle** vom 17. Januar 1908. Wilhelmine geborene Birt, Witwe 59 $\frac{1}{2}$ Jahre alt.